



Inter-Parliamentary Union
For democracy. For everyone.

World Future Council



Empowered lives.
Resilient nations.



JUNGE MENSCHEN STÄRKEN

NACHHALTIGE UND
MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT
& GESELLSCHAFTLICHE
UND POLITISCHE TEILHABE





Der Future Policy Award zeigt innovative Wege auf, die Barrieren in kritischen Bereichen, wie der Jugendarbeitslosigkeit, abzubauen und die vielen Talente junger Frauen und Männer freisetzen. Diese außergewöhnlichen Jugendinitiativen vorzustellen trägt dazu bei, andere Länder anzuregen, ähnliche politische Vorgaben im eigenen Land umzusetzen und dazu beizutragen, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.

Achim Steiner, Exekutivdirektor des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)



Die Hälfte der Weltbevölkerung ist unter 30 Jahre alt, aber nur 2 % aller Abgeordneten gehören dieser Altersgruppe an. Eines der Hauptziele der Inter-Parlamentarischen Union ist es, junge Menschen zu stärken, indem mehr von ihnen in Parlamenten vertreten sind, um stärkere, repräsentativere und zukunftsorientiertere demokratische Institutionen zu gewährleisten. Diese erfolgreichen Gesetze und Richtlinien zeigen, dass es auf der ganzen Welt viele großartige Initiativen gibt, die anderen Ländern als Vorbild dienen können, um das Potenzial junger Menschen freizusetzen.

Martin Chungong, Generalsekretär der Interparlamentarischen Union



Miteinander verbundene globale Herausforderungen – Arbeitslosigkeit, Konflikte, die Klimakrise – bedrohen unsere Umwelt, das Wohlergehen der Menschheit und die Zukunft unserer Jugend. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Aber es gibt Hoffnung: Diese acht politischen Lösungen zeigen, wie wir unsere gesellschaftlichen und politischen Systeme effektiv transformieren können, um junge Menschen als mächtige Akteur*innen des Wandels bestmöglich zu unterstützen. Der World Future Council freut sich darauf, diese besten Maßnahmen zur Förderung junger Menschen im Interesse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen zu feiern und ihre Erfolgsgeschichten zu teilen. Wir alle können und sollten von ihnen lernen.

Alexandra Wandel, Vorstandsvorsitzende, World Future Council



In unserer heutigen Welt leben mehr junge Menschen als je zuvor, und in vielen Entwicklungsländern macht die Jugend den größten Anteil der Gesellschaft aus. Als junge Person, die sich für Jugendliche einsetzt, halte ich es für sehr wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, die die immer größer werdende Chancengap schließen, die uns junge Menschen daran hindert, unser wahres Potenzial auszuschöpfen. Daher ist es für die Umsetzung der Agenda 2030 von entscheidender Bedeutung, gerechte Strategien zu formulieren und zu verwirklichen, die unsere wirtschaftliche Stärkung und unsere politische Beteiligung fördern. Der Future Policy Award würdigt diese Initiativen, indem er die Maßnahmen auszeichnet, die in dieser Hinsicht Maßstäbe setzen.

Kehkashan Basu, Jugendbotschafterin des World Future Council, Gründungspräsidentin der Stiftung Green Hope, UN-Botschafterin für Menschenrechte



FUTURE POLICY AWARD 2019

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit weltweit mehr als 1,8 Milliarden Menschen im Alter zwischen 15 und 35 Jahren – einem Viertel der Weltbevölkerung – lebt heute die größte Generation junger Menschen, die die Welt bisher gekannt hat.

Junge Menschen spielen eine immer größere Rolle bei der Förderung von Entwicklung, Demokratie und Frieden sowie bei der Realisierung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie sind talentiert, sachkundig und ehrgeizig und spielen täglich eine wichtige Rolle in der Entwicklung ihrer Gemeinden und ihres Landes. Trotz ihres Engagements und ihrer Erfolge wird der Beitrag junger Menschen zur Gesellschaft meist kaum wahrgenommen, auch werden sie nicht angemessen in Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, einbezogen. Gleichzeitig sind junge Menschen mit hoher Arbeitslosigkeit und Diskriminierung konfrontiert und leiden häufig unter einem erschwerten Zugang zu Bildung. Die Klimakrise und die Umweltzerstörung werden enorme Auswirkungen auf die Gestaltung ihrer Zukunft haben. Daher ist es an der Zeit, dass politisches Handeln junge Menschen stärkt.

Das Hauptziel des World Future Council ist es, wirksame, zukunftsgerechte politische Lösungen zu fördern und zu verbreiten. Gemeinsam mit

renommierten Partnern heben wir jedes Jahr mit unserem Future Policy Award beispielhafte politische Maßnahmen hervor, die dazu beitragen, bessere Lebensbedingungen für heutige und zukünftige Generationen zu schaffen und globale Herausforderungen zu meistern.

2019 wird der Future Policy Award, auch als „Oscar für die beste Politik“ bekannt, in Zusammenarbeit mit der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) vergeben, mit der Unterstützung des Jugendbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Youth Policy Labs (YPL) sowie der Michael-Otto-Stiftung und der Jua-Stiftung. In diesem Jahr werden zukunftsgerechte politische Maßnahmen hervorgehoben, die den Zugang für junge Menschen zu menschenwürdiger, einschließlich grüner, nachhaltiger Arbeit vorantreiben und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe für eine nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

Im Frühjahr 2019 sandten wir einen Nominierungsauftrag an über 10.000 Expert*innen, die im Jugendbereich aktiv sind. Insbesondere ging es uns um inklusive, geschlechtergerechte politische Maßnahmen, die junge Menschen befähigen, ihre Kompetenzen in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und visionäres Denken zu entwickeln. Die Ergebnisse waren überwältigend: Weltweit wurden 67 politische Maßnahmen aus 36 Ländern nominiert, die ein breites Spektrum an jugendrechtlichen und -politischen Ansätzen widerspiegeln. Das Evaluierungsteam überprüfte und diskutierte alle Nominierungen. 28 der eingereichten Gesetze und politischen Initiativen wurden vollständig evaluiert, unter Einbeziehung von fast 120 Expert*innen. Die Bewertung richtete sich nach den sieben Prinzipien für zukunftsgerechte Gesetzgebung und berücksichtigte, inwieweit diese politischen Maßnahmen zur Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele für Nachhaltige Entwicklung beitragen. Eine unabhängige hochrangige Jury aus elf renommierten Expert*innen auf dem Gebiet der Jugendförderung und der UN-Agenda 2030 tagte am 27. August 2019 und entschied über die Gewinnergesetze.

Bereits heute machen junge Menschen 37 % der Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie 60 % der Arbeitslosen aus. Die Nutzung dieser demografischen Dividende (wachsende Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter) ist ein entscheidender Faktor für ein Wachstum, das die Bedürfnisse künftiger Generationen berücksichtigt. Trotz des hohen Anteils junger Menschen weltweit sind junge Menschen in politischen Institutionen stark unterrepräsentiert. Untersuchungen der Inter-Parlamentarischen Union zeigen beispielsweise auf, dass nur etwas mehr als 2 % der Parlamentarier*innen weltweit unter 30 Jahre alt sind. Ihre angemessene politische Vertretung würde nicht nur die Demokratie stärken, sondern überdies einen wichtigen Motor für Entwicklung bedeuten.

Die ausgezeichneten Gesetze und politischen Maßnahmen schaffen ein förderndes Umfeld für

junge Menschen, welches ihnen ermöglicht, ihr volles Potenzial zu entfalten und ihre Träume zu verwirklichen. Sie tragen auch zum Erfolg der Agenda 2030 und deren Ziele für nachhaltige Entwicklung bei. Im Hinblick auf die Klimakrise, die Umweltzerstörung und den Verlust der biologischen Vielfalt wählte die Jury auch visionäre politische Maßnahmen aus, die Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen, umweltfreundlichen Wirtschaft stellen.

Wir hoffen, dass sich politische Entscheidungsträger*innen weltweit von den diesjährigen Gewinnergesetzen inspirieren lassen und wesentliche Elemente davon im eigenen Umfeld umsetzen können.

Mit freundlichen Grüßen,
Das Future Policy Award-Team des Jahres 2019

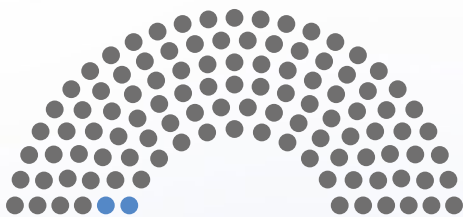




1,8 MILLIARDEN

Die heutige Generation von Jugendlichen und jungen Menschen ist größer als je zuvor in der Geschichte.

(UNDP)



2,2 %

der Parlamentarier*innen weltweit sind unter 30 Jahre alt.

(IPU)



1 VON 5

Jugendlichen hat keine Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung. Davon sind 3 von 4 junge Frauen.

(ILO)



13 %

Die weltweite Jugendarbeitslosenquote ist dreimal so hoch wie die der Erwachsenen. Diese betrug 4,3 % im Jahr 2018.

(ILO)



60:40

ist das Verhältnis von Männern zu Frauen unter den jüngeren Abgeordneten.

Das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern ist bei jungen Parlamentar*innen weniger ausgeprägt.

(IPU)

NACHHALTIGE UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE STÄRKUNG JUNGER MENSCHEN



GOLD

Ruanda: YouthConnekt Initiative, 2012

Ruandas YouthConnekt ist ein innovatives und vielseitiges staatliches Programm, das Jugendliche und junge Menschen mit dem Privatsektor, staatlichen Beschäftigungs- und Unternehmerangeboten verbindet und ihr bürgerschaftliches Engagement sowie ihre Führungsqualitäten stärkt. Ziel der Initiative ist es, eine Plattform für junge Menschen anzubieten, um ihre wirtschaftliche und politische Teilhabe zu fördern. Sie dient als Fürsprecherin für junge Menschen, erleichtert die Suche nach Beschäftigung bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen und verbindet junge Menschen über soziale Medien und Veranstaltungen mit Gleichaltrigen. Tausende junge Ruander*innen (zwischen 16–34 Jahren) wurden durch die Initiative erreicht. Ihr Bewusstsein für Themen wie Beschäftigung und Unternehmertum wurde geschärft und ihre kommunikativen und technischen Kompetenzen wurden gefördert. Die Initiative zeigt beeindruckende Ergebnisse: Seit 2012 nehmen jährlich rund 600.000 junge Menschen an Freiwilliger Arbeit in den Gemeinden teil und tausende Arbeitsplätze wurden geschaffen. Bereits mehr als zehn afrikanische Länder haben sich vom YouthConnekt-Modell inspirieren lassen. Seit 2017 zielt die panafrikanische Initiative YouthConnekt Africa darauf ab, Afrikas Jugend zu stärken und zehn Millionen Arbeitsplätze zu schaffen.



SILBER

Großbritannien, Schottland: Strategie zur Förderung junger Arbeitskräfte, 2014–2021

Das Ziel von Schottlands Jugendbeschäftigungsstrategie zur Förderung junger Arbeitskräfte (DYW) ist es, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig zielt die Strategie darauf ab, die Kompetenzen junger Menschen so zu verbessern, dass sie den Anforderungen des Arbeitsmarktes gewachsen sind. Die Strategie bringt das Bildungssystem, Arbeitgeber*innen, Zivilgesellschaft, Jugendorganisationen und lokale Behörden zusammen, um Lehrpläne gemeinsam zu gestalten und das Moderne Ausbildungsprogramm zu erweitern. DYW ist ein integraler Bestandteil des schottischen Bildungssystems und steht im Einklang mit den ehrgeizigen nationalen Zielen, die UN Agenda 2030 umzusetzen sowie die Transformation in eine grüne und nachhaltige Volkswirtschaft sowie eine fairere Gesellschaft zu erreichen. Das übergeordnete Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit bis 2021 um 40 % zu senken, wurde vier Jahre früher als geplant erreicht. Zudem wurden mehr als 28.000 neue Lehrstellen geschaffen.



BRONZE

Südafrika: Erweitertes Öffentliches Arbeitsprogramm, 2004

Das südafrikanische Erweiterte Öffentliches Arbeitsprogramm ist ein landesweites Programm, das mittels befristeter Arbeit von Armut Betroffenen und Arbeitslosen ein Einkommen ermöglicht. Es ist die größte aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes, die seit ihrer Einführung über 8 Millionen Beschäftigungsmöglichkeiten schuf und in erster Linie Frauen (66 %), Jugendliche (46 %) und Menschen mit Behinderungen (1 %) als Begünstigte erreicht. Im Gegensatz zu den meisten öffentlichen Arbeitsprogrammen werden weitreichende Beschäftigungsmöglichkeiten nicht nur durch die Bereitstellung von öffentlichen Infrastrukturen geschaffen, sondern auch mittels sozialen, kulturellen und ökologisch nützlichen Dienstleistungen.

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE TEILHABE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND FRIEDEN



GOLD

Estland: Jugendentwicklungsstrategie 2014–2020

Die estnische Jugendentwicklungsstrategie ist eine umfassende Politik für junge Menschen und für den Jugendsektor. Übergeordnetes Ziel ist es, jedem jungen Menschen hinreichende Möglichkeiten zur Selbstentwicklung und -verwirklichung zu bieten. Die Politik ist erkenntnis- und evidenzbasiert, geschlechtergerecht und fördert die partizipative Teilhabe an ihrer Entwicklung und Umsetzung. Sie verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz in der Jugendarbeit und ist mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Jugendstrategie ist eine der ersten Jugendpolitiken weltweit, die die Grundsätze der Jugendpolitik von Baku (2014) in vollem Umfang umsetzt und eine der wenigen, die den Zusammenhang zwischen öffentlicher Jugendpolitik, Nachhaltigkeit und Umwelt hervorhebt. Sie fördert ein hohes Maß an Engagement mit Jugendsozialarbeiter*innen, von denen 20 % jedes Jahr an Schulungsprogrammen teilnehmen. Infolgedessen nahmen seit 2014 jährlich mehr als 50 % aller jungen Est*innen an Aktivitäten der Jugendsozialarbeit teil.



SILBER

Nepal: Verfassung, 2015

Die nepalesische Verfassung war eine wichtige Errungenschaft für den friedlichen Übergang des Landes nach dem Bürgerkrieg von 1996 bis 2006 hin zu einer funktionierenden Demokratie. Mit der Verfassung wurden ein wettbewerbsfähiges demokratisches Mehrparteiensystem eingeführt und die Menschenrechte verankert, einschließlich des Rechts auf eine intakte Umwelt. Die Artikel der Verfassung enthalten Bestimmungen zu Jugendrechten, deren politische Stärkung und Partizipation sowie Schutz vor Diskriminierung. Seit der Verkündung der neuen Verfassung gab es eine Reihe von jugendpolitischen und institutionellen Entwicklungen, einschließlich der Genehmigung der Nationalen Jugendpolitik (National Youth Policy, 2015), der Einrichtung des Nationalen Jugendrates (2015) sowie der Entwicklung der Jugendvision 2025 (Youth Vision 2025) und eines Zehnjährigen Strategieplanes (2015).



BRONZE

Europarat: Ko-Management-System des Jugendsektors, 1972

Das Ko-Management-System (Mitverwaltungssystem) des Europarates ist eines der weltweit am längsten bestehenden Beispiele für partizipative Demokratie in einer supranationalen Institution. Es ist eines der wenigen Beispiele, bei welchem die gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen Regierungen und jungen Menschen mit einem Machtverhältnis von 50:50 stattfindet. Im Rahmen des Ko-Management-Modells erhielten Jugendorganisationen mehr als 10.000 Zuschüsse – einer Gesamtsumme von mehr als 130 Millionen Euro. Die Schulungen und Fortbildungen, die Jugendleiter*innen und -aktivist*innen über die Jahre erhielten, führten zu einer grundlegenden Veränderung im Jugendsektor. Darüber hinaus wird dieses Ko-Management-Modell in einer Vielzahl anderer Politikkontexte angewendet.

VISIONSPREISE



Vereinigte Staaten von Amerika, Los Angeles: „Green New Deal“ 2019

Die Stadt Los Angeles rief im April 2019 ihren Green New Deal aus mit dem Ziel, den Übergang der Stadt zu einer gerechten Gesellschaft und florierenden Wirtschaft bis 2045 mit 100 % Erneuerbaren Energien umzusetzen. Der Plan enthält ehrgeizigere Vorgaben, um die Klimaziele des Pariser Abkommens umzusetzen, und dient als Fortschreibung des Los Angeles Sustainable City pLAn (2015–2019), der bereits 90 % seiner kurzfristigen Ziele erreicht hat. Der Green New Deal ist ein umfassender Fahrplan zum Schutz der Umwelt, zur Stärkung der Wirtschaft mit grünen Arbeitsplätzen für junge Menschen, zum Aufbau einer gerechteren Zukunft und um Umweltgerechtigkeit voranzutreiben. Er dient als inspirierendes Beispiel für andere Städte in den USA und darüber hinaus.



Senegal: Nationale Strategie zur Förderung grüner Arbeitsplätze, 2015–2020

Senegals erste nationale Strategie zur Förderung grüner Arbeitsplätze wurde partizipativ entwickelt. Sie dient als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer grünen Wirtschaft und stärkt die rechtlichen, institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen. Die Strategie schafft grüne Beschäftigungsmöglichkeiten, fördert Kompetenzen, entwickelt eine angemessene Finanzierungspolitik und etabliert Mechanismen zur Überwachung der Umsetzung. Bis Juni 2019 wurden rund 2.000 grüne Arbeitsplätze geschaffen, von denen vor allem junge Menschen und Frauen profitieren. Von den grünen Projekten, die ins Leben gerufen wurden, erzielten Recycling-, Aquakultur- und Forstprojekte bereits im zweiten Produktionsjahr Gewinne. Darüber hinaus wird die Strategie in anderen Ländern Afrikas als nachahmenswert erachtet.





RUANDA: YOUTHCONNEKT INITIATIVE, 2012

In den letzten zwei Jahrzehnten wuchs Ruandas Wirtschaft stetig mit der Folge, dass Armut und Einkommensungleichheit zurückgegangen sind. Gleichzeitig gingen die Kindersterblichkeit und die Fertilitätsrate zurück. Ein vielversprechender Ausgangspunkt, um die demografische Dividende (wachsender Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter) zu nutzen und die Ziele Ruandas, bis 2035 ein Land mit mittlerem Einkommen zu werden, zu erreichen. Mit seiner sehr jungen Bevölkerung – fast 69 % sind unter 30 Jahre alt – erschließt Ruanda das Potenzial seiner jungen Bürger*innen und treibt den Übergang des Landes hin zu einer nachhaltigen Volkswirtschaft voran.

DIE ZUKUNFT DES LANDES LIEGT IN DEN HÄNDEN JUNGER MENSCHEN

Die Initiative YouthConnekt ist ein erfolgreiches Modell, das junge Menschen stärkt und ihnen

ermöglicht, mit dem öffentlichen und privaten Sektor sowie der Zivilgesellschaft zusammenzukommen, um berufliche Perspektiven zu entwickeln. Die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und UN Ruanda unterstützte Initiative gehört zu den wichtigen Flaggschiffen der ruandischen nationalen Jugendpolitik, die junge Menschen als starke Akteur*innen für den Aufbau des Landes betrachtet. YouthConnekt hilft dabei, Einstellungen zu ändern, Solidarität zu fördern sowie junge Menschen in die nationale Politik und Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) einzubeziehen.

YouthConnekt ist eine virtuelle Plattform, um die Fürsprache für junge Menschen sowie ihre Beschäftigung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmertum zu fördern. Durch soziale Medien und Veranstaltungen sind junge Menschen am sozioökonomischen Wandel beteiligt.

YOUTHCONNEKT DIE 7 KOMPONENTEN



VERSAMMLUNG

Jährliche Versammlung von jungen Menschen aus allen Teilen Ruandas und dem Ausland, um sich über ihre Perspektiven auszutauschen, ihre Erfolge vorzustellen und mit Regierungsvertreter*innen zu diskutieren.



DIALOG

Plattform, die jungen Menschen Gelegenheit bietet, sich mit dem Genozid und der Geschichte des Landes auseinanderzusetzen, Versöhnung zu fördern und eine gemeinsame nationale Identität zu entwickeln.



AUSZEICHNUNGEN

Jährlicher Wettbewerb, an dem landesweit 90 junge Innovator*innen teilnehmen, drei pro Distrikt.



HELD*INNEN

Würdigung von herausragenden Initiativen des öffentlichen und privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich der Förderung von jungen Menschen widmen.



ZUSAMMENKUNFT (HANGOUT)

Web-basiertes Portal, das Jugendlichen ermöglicht, sich mit Gleichaltrigen, Führungskräften und Vorbildern auszutauschen und sich durch soziale Medien, Fernsehen und Radio inspirieren zu lassen.



MENTORSCHAFT

Plattform, die YouthConnekt-Preisträger*innen und vielversprechenden Innovator*innen Möglichkeiten bietet, Zugang zu traditionellem Wissen und praktischen Tipps zum Aufbau einer eigenen Unternehmung zu erhalten.



MONAT

Format, in welchem sich junge Menschen verpflichten, durch freiwillige praktische Maßnahmen zur nationalen Entwicklung beizutragen. Gleichzeitig sollen Gemeinden für die wichtige Rolle der Jugend sensibilisiert werden.

Darüber hinaus erweitert es den Pool wirtschaftlicher, sozialer und staatsbürgerlicher Führungsmöglichkeiten durch nationale und regionale Initiativen. Dazu gehören die Vernetzung von Jugendlichen mit Gleichaltrigen, Vorbildern, Ressourcen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Sie schafft Raum für unternehmerische Abenteuer in neue Bereiche, wie Informations- und Kommunikationstechnik oder Handwerk. Das Jugendministerium ist der Hauptkoordinator des YouthConnekt-Programms und arbeitet eng zusammen mit dem Nationalen Jugendrat (NYC). Dieser ist gesetzlich für die Koordinierung, Befürwortung, Gestaltung und Durchführung jugendfreundlicher Programme zuständig und verfügt über ein eigenes Budget.

Das YouthConnekt-Programm, das Tausende von jungen Menschen erreicht, besteht aus sieben Komponenten mit dem Ziel, diese als wichtige Akteur*innen zu stärken. Die sieben Komponenten zielen darauf ab, ihre unternehmerischen Fähigkeiten zu entwickeln, und ermöglichen ihnen den Zugang zu Arbeitsplätzen und Finanzmitteln. Gleichzeitig fördern sie das gesellschaftliche Ansehen von jungen Menschen und stärken ihr bürgerschaftliches Engagement.

In den kommenden vier Jahren wird das Programm YouthConnekt Ruanda in drei weiteren Bereichen expandieren: die Verbesserung des Zugangs von Jugendlichen zu menschenwürdiger Arbeit, die Stärkung von jungen Menschen zur uneingeschränkten Teilnahme an politischen und bürgerschaftlichen Aktivitäten sowie die Erhöhung der Zahl der Jugendlichen, die Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen und einer gesunden Lebensweise folgen.

EINE INITIATIVE NIMMT FAHRT AUF: YOUTHCONNEKT AFRICA

Bereits mehr als zehn afrikanische Länder haben sich vom YouthConnekt-Modell inspirieren lassen. In 2017 berief Ruanda den ersten YouthConnekt Africa Gipfel ein, an dem afrikanische Staats- und Regierungschefs, junge Unternehmer*innen, der Privatsektor und die Medien teilnahmen. Ziel ist, politische Maßnahmen einzuleiten, Programme einzurichten und nachhaltige Partnerschaften zur Stärkung der Jugend Afrikas zu entwickeln. YouthConnekt Africa wird als der Rahmen angesehen, um auf nationaler Ebene in junge Menschen zu investieren, diese zu stärken sowie Unternehmen zu motivieren, junge Menschen mit den nötigen Fähigkeiten und Möglichkeiten auszustatten. Mit diesen starken jungen Akteur*innen als treibende Kraft möchte der afrikanische Kontinent die nötige Transformation schaffen und die Ziele der Agenda 2030 und „Die Zukunft, Die Wir in Afrika Wollen“ umsetzen. Eines der fünf Hauptziele der panafricanischen Initiative ist die Schaffung von zehn Millionen Arbeitsplätzen für junge Menschen.



SILBER



GROSSBRITANNIEN, SCHOTTLAND: STRATEGIE ZUR FÖRDERUNG JUNGER ARBEITSKRÄFTE, 2014-2021

Die weltweite Rezession und die sich daraus ergebende Schwächung der Weltwirtschaft im Jahr 2008 wirkten sich auch auf Schottlands Wirtschaft aus und führten zu einem Rückgang der Beschäftigungsrate und einem anschließenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Obwohl sich seit 2010 die Konjunktur erholt hat, blieb die Jugendarbeitslosenquote eine Herausforderung.

Die Förderung junger Arbeitskräfte (Developing the Young Workforce, DYW) ist Schottlands Jugendbeschäftigungsstrategie und verfolgt das Ziel, Jugendarbeitslosigkeit bis 2021 um 40 % zu senken. Die Strategie ist ein wichtiger Bestandteil des Programms „Bildung für alle“ und die Antwort der Regierung auf die Empfehlungen der Kommission zur Entwicklung der schottischen Jugendarbeitskräfte (Juni 2014), die das Ziel formulierten, ein Berufsbildungssystem von

Weltklasse bis 2021 zu etablieren. Die Strategie zielt auch auf die Schaffung eines verbesserten Lehrplans für junge Menschen bis zum 24. Lebensjahr in Schulen und Hochschulen ab, um deren Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern und sicherzustellen, dass jedes Kind, unabhängig von seinem Hintergrund, die gleichen Chancen erhält, sein volles Potenzial auszuschöpfen.

Um dies zu erreichen, erörtern und entwickeln Schulen, Hochschulen, Ausbildungsanbieter, Jugendorganisationen und Arbeitgeber*innen Wege und Möglichkeiten für die Teilnahme von jungen Menschen an aktuellen und zukünftigen Arbeitsangeboten. Dazu gehören praxisbezogenes Lernen in der Schule, akademische und berufliche Schnupper-Angebote während der schulischen Abschlussphase zur Orientierung, frühzeitige Karriereberatung

in der Schule, Arbeitgeber*innen in die Bildung miteinbeziehen sowie die Einführung neuer Standards für berufliche Bildung und Praktika.

Die Strategie konzentriert sich auf Vermittlungsfähigkeit und Kompetenzen, die erforderlich sind, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entsprechen. Sie baut auf die Strategien „Ein Curriculum für Spitzenleistung“ und „Lernen für Nachhaltigkeit“ auf mit einem Schwerpunkt auf Förderung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Ein weiteres Ziel der Strategie ist es, das Ansehen der beruflichen Bildung und Qualifikation zu verbessern und dem Bedarf nach qualitativen Arbeitserfahrungen in Schule und Hochschule nachzukommen.

HAND IN HAND AUF DEM WEG ZU EINER NACHHALTIGEN WIRTSCHAFT MIT AUSGEBILDETEN JUNGEN ARBEITSKRÄFTEN

Der detaillierte Umsetzungsplan ermöglicht eine effektive Zusammenarbeit durch Partnerschaften mit und zwischen Schulen, Hochschulen, Ausbildungsanbietern, Arbeitgeber*innen und weiteren relevanten Partner*innen. Er legt fest, wie „Ein Curriculum für Spitzenleistung“, regionalisierte Hochschulsysteme, das erweiterte „Moderne Lehrstellen-Programm“ und zielgerichtetes Engagement der Arbeitgeber*innen zusammenwirken. Das Programm verfügt über elf Leistungskennzahlen und enthält Meilensteine

für die nächsten sieben Jahre in allen Sektoren, um die Empfehlungen für einen dauerhaften Wandel umzusetzen. Ein zentrales Merkmal ist die Einrichtung von arbeitgebergeführten DYW-Regionalgruppen für junge Arbeitskräfte in ganz Schottland, um die Kooperation zwischen dem Bildungssystem und Arbeitgeber*innen bei der Gestaltung des Lehrplans zu verbessern.

Das übergeordnete Ziel der Strategie, die Jugendarbeitslosigkeit bis 2021 um 40 % zu senken, wurde vier Jahre früher als geplant erreicht. Offizielle Statistiken vom Mai 2018 zeigen, dass die Jugendarbeitslosigkeit von 52.000 im Jahr 2014 auf 28.000 gesunken ist. Die Regierung hat sich außerdem verpflichtet, die Zahl der „Modernen Lehrstellen“ in Schottland von rund 10.500 im Jahr 2008 auf 30.000 neue Lehrstellen ab 2020 zu erhöhen. 2018/2019 wurden bereits 28.000 Lehrstellen geschaffen. Die Zahl der Schulabgänger*innen, die berufliche Qualifikationen erwerben sowie die Teilnahmerate von jungen Frauen (auch mit benachteiligtem Hintergrund) an MINT-Berufsausbildungs-Angeboten während der Schulzeit sind gegenüber den Vorjahren gestiegen. Die Strategie spielt eine Schlüsselrolle für das Erreichen des übergreifenden nationalen Ziels, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sicherzustellen, die Klimaziele zu erreichen sowie den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft mit grünen Arbeitsplätzen zu verwirklichen.





BRONZE



SÜDAFRIKA: ERWEITERTES ÖFFENTLICHES ARBEITSPROGRAMM, 2004

Trotz des allgemeinen Wirtschaftswachstums in Südafrika bleiben Armut, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung endemische Herausforderungen und ein wichtiges soziales, wirtschaftliches und politisches Anliegen. Am schlimmsten betroffen sind junge Menschen, die mehr als 60 % der arbeitslosen Bevölkerung ausmachen.

Um dieser Herausforderung zu begegnen hat die südafrikanische Regierung das Erweiterte Öffentliche Arbeitsprogramm als eines ihrer Instrumente für den sozialen Schutz eingeführt. Es bietet Zeitarbeits-, Einkommensunterstützungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ungelernte, arbeitslose und schutzbedürftige Menschen.

Es stellt die größte aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes dar und schafft landesweit in staatlichen Unternehmen vorübergehend arbeitsintensive Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese entstehen durch die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur (z. B. Schulen, Straßen, Kliniken), sozial nützlicher Dienstleistungen (z. B. häusliche Pflege, Sicherheit in der Gemeinde) sowie umweltfreundlicher Dienstleistungen (z. B. Wasser, Grünanlagen, Brandbekämpfung,

das Management von Feuchtgebieten und Abfallentsorgung, Tourismus usw.). Das Programm richtet sich an Personen im erwerbsfähigen Alter, wobei die Beteiligung von Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Behinderungen im Vordergrund steht.

AUSBAU DES PROGRAMMS

Seit der Einführung des Programms im Jahr 2004 wurden über 8 Millionen neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Offiziellen Statistiken zufolge sind 70 % der Teilnehmer*innen der zweiten Phase des Programms auf eine längerfristige selbstständige oder formelle Beschäftigung umgestiegen. Ferner wurde eine Reihe von Initiativen, die speziell auf junge Menschen abzielen, eingerichtet. In den letzten Jahren wurde auch die Ausbildungskomponente erweitert. In der dritten Phase wurden über 50.000 Teilnehmer*innen, hauptsächlich Jugendliche, geschult, von denen mehr als 31.000 eine anerkannte Ausbildung erhielten. Derzeit befindet sich die Initiative in der vierten Phase (2019-2024) und strebt an, bis 2024 weitere 5,6 Millionen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten.



ESTLAND: JUGENDENTWICKLUNGSSTRATEGIE 2014–2020

Estland ist eines der kleinsten und bevölkerungsärmsten Länder Europas und eine der jüngsten Demokratien des Kontinents. Aber es hat eine vorbildliche Geschichte der Jugendarbeit, Jugendforschung und Jugendpolitik. In den letzten 25 Jahren wurden spezielle Organisationen und Strukturen für Jugendliche, Jugendsozialarbeiter*innen und ihre Organisationen, Jugendzentren und Jugendprogramme geschaffen, um die Ziele und Ambitionen der nationalen Jugendpolitik in die Jugendarbeit auf lokaler und regionaler Ebene umzusetzen.

In Estland wird der Jugendarbeit eine bedeutende Rolle zugesprochen. Die estnische Jugendpolitik ist als sektorübergreifender Bereich organisiert, der die

verschiedensten Interessengruppen und Verwaltungsstrukturen zusammen bringt, und an dem Kommunen, Kreise und Ministerien sowie Jugendvertreter*innen, -organisationen, -arbeiter*innen, -forscher*innen und -politiker*innen beteiligt sind.

Übergeordnetes Ziel ist es, jedem jungen Menschen hinreichende Möglichkeiten zur Selbstentwicklung und -verwirklichung zu bieten, woraus entscheidende Beiträge für eine solidarische und kreative Gesellschaft entstehen.

Die Politik trägt in erster Linie zu den Zielen der nationalen Wettbewerbsstrategie „Estland 2020“ und des Aktionsprogramms der Regierung bei.

Die Umsetzung der estnischen Jugendentwicklungsstrategie übt einen starken Einfluss auf die Erreichung der Ziele in anderen Politikbereiche aus, wie der Familien- und Bevölkerungspolitik, der Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungspolitik sowie der Sport- und Integrationspolitik.

DIESE POLITIK ZIELT DARAUF AB

- jungen Menschen mehr Möglichkeiten für Kreativität und gemeinsame Aktivitäten zu bieten
- das Engagement junger Menschen zu fördern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern
- die aktive Einbindung junger Menschen in den Gemeinden und Entscheidungsfindungen voranzutreiben
- eine hochwertige Jugendpolitik und Jugendarbeit zu gewährleisten

JUNGE MENSCHEN STÄRKEN IST PRIORITÄT

Die Strategie enthält klare Bestimmungen für deren Verwaltung und Durchführung, einschließlich Zuständigkeiten, Dreijahrespläne für die Durchführung, Überwachungs- und Bewertungsrahmen und ein eigenes Budget – eine Seltenheit im Jugendbereich. Es steht ein Budget mit Haushaltsmitteln von mehr als 90 Millionen Euro für die Umsetzung des Sieben-Jahres-Plans zur Verfügung. Die Politik beinhaltet auch horizontale Themen, wie Umweltschutz und Klima sowie Chancengleichheit, Förderung einer Informationsgesellschaft, regionale Entwicklung und Staatsführung.

In weniger als 30 Jahren hat der Jugendbereich sehr beeindruckende Ergebnisse erzielt, und es ist dem Land gelungen, einen jugendpolitischen Rahmen zu schaffen, der allgemein als einer der besten der Welt gilt. Einige der Ziele für den Gesamtzeitraum des estnischen Plans wurden bereits Ende 2017 erreicht, einschließlich des Ziels, die Jugendarbeitslosigkeit auf 12 % zu senken (Vergleichsniveau 20,9 % im Jahr 2012). Ein weiteres beeindruckendes Ergebnis ist, dass jährlich mehr als 50 % aller Jugendlichen an Aktivitäten der Jugendarbeit beteiligt sind.





NEPAL: VERFASSUNG, 2015

Das südasiatische Nepal ist eines der ärmsten Länder der Welt. Nepal war bis in die 1950er Jahre von der Außenwelt abgeschottet und hat seitdem einen langen Weg zur Erreichung von Demokratie zurückgelegt. In jüngster Zeit wurde ein Mehrparteiensystem eingeführt und die Monarchie abgeschafft. Der Bürgerkrieg in Nepal endete 2006 mit einem umfassenden Friedensabkommen. Von 2003 bis 2006 waren junge Menschen sowohl aktiv am Bürgerkrieg als auch an den demokratischen Protesten beteiligt.

Mit dem Umfassenden Friedensabkommen (2006) und der Interimsverfassung (2007) wurde die Interimsregierung beauftragt, eine Verfassung zu verabschieden, mit der die zentralisierten staatlichen Strukturen abgeschafft und ein föderales System eingeführt werden soll. Von Bedeutung ist, dass die neue Interimsverfassung eine Klausel für die verfassungsgebende Versammlung enthielt, wonach „eine besondere Politik verfolgt werden soll, um junge Menschen für die Entwicklung des Landes zu mobilisieren“. Diese vorläufige Verfassung hat einen partizipatorischen Prozess bewirkt, bei dem eine breite öffentliche Beteiligung angestrebt wurde, um die Meinung aller Bürger*innen einschließlich Randgruppen einzuholen. Bei den ersten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Nepal waren insgesamt 51 % der Wähler*innen unter 35 Jahre alt.

DIE NEUE VERFASSUNG RUFT ZUR STÄRKUNG DER JUGEND AUF

Die Verfassung wurde 2015 mit breiter politischer Unterstützung in der Konstituierenden Versammlung verabschiedet. Die Verfassung enthält Bestimmungen zu Jugendrechten in Bezug auf wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe und fordert erweiterte Möglichkeiten für Bildung, Gesundheit und Beschäftigung, um die Entwicklung und Befähigung der Jugend zu fördern. Artikel 51.j (7) verlangt eine Politik zu spürbarer Teilhabe und Stärkung von jungen Menschen, und Artikel 18.3 sieht das Recht auf Gleichstellung vor.

Seit der Verkündung der neuen Verfassung gab es eine Reihe von jugendpolitischen und institutionellen Entwicklungen, einschließlich der Verabschiedung der Nationalen Jugendpolitik (National Youth Policy, 2015), der Einrichtung des Nationalen Jugendrates (2015) sowie der Entwicklung der Jugendvision 2025 (Youth Vision 2025) und eines zehnjährigen Strategieplanes (2015).

Die nepalesische Verfassung ist ein fortschrittliches Beispiel für eine inklusive Verfassung, die historische Ungleichheiten aufgreift und eine Vision für eine nachhaltige und prosperierende Zukunft schafft. Es sieht das Recht auf eine gesunde Umwelt vor und legt einen starken Schwerpunkt auf die Förderung junger Menschen.



EUROPARAT: KO-MANAGEMENT-SYSTEM DES JUGENDSEKTORS, 1972

Seit seiner Gründung im Jahr 1949 ist der Europarat ein Pionier für Jugendbeteiligung und ein lebendiges Beispiel für partizipative Demokratie. Sein einzigartiges System der Mitverwaltung bietet jungen Menschen die Möglichkeit, Mitentscheider*innen zu sein und Einfluss darauf zu nehmen, was im europäischen Entscheidungsprozess geschieht, einschließlich der Zuteilung von Zuschüssen. Durch diesen Mechanismus können junge Menschen das Bewusstsein für die für sie, ihre Zukunft und ihre Gesellschaft wichtigen Themen schärfen. Sie hilft den politischen Entscheidungsträger*innen auch, die Bedürfnisse, Herausforderungen und Hindernisse junger Menschen zu verstehen, die sie bei der Entwicklung jugendpolitischer Strategien und Standards unterstützen.

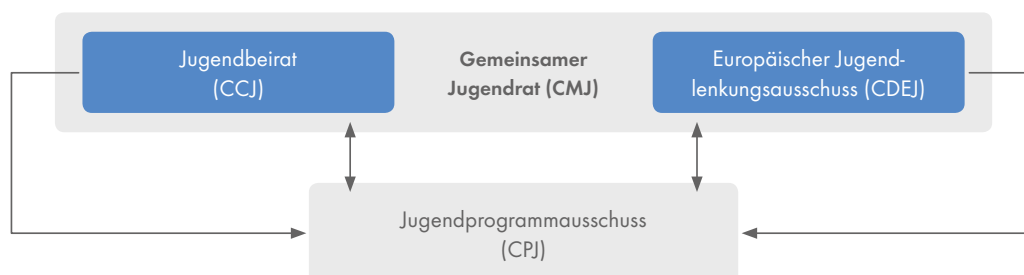
JUGENDBETEILIGUNG – EINE PRIORITÄT FÜR MEHR ALS FÜNF JAHRZEHNTE

Der Europarat spielt eine zentrale Rolle für die Jugendpolitik und Jugendarbeit in Europa und darüber hinaus. Seine Wurzeln hat der Jugendsektor in den 1960er Jahren, als die Parlamentarische Versammlung die Schaffung eines Europäischen Jugendzentrums vorschlug. 1963 wurde ein experimentelles europäisches Jugendzentrum eingerichtet, und das Programm

der gemeinsamen Verwaltung wurde mit einer 50:50-Parität zwischen Regierungen und nichtstaatlichen Jugendorganisationen entworfen und beaufsichtigt. Diese Parität wurde 1972 institutionalisiert. Im Laufe der Jahre fanden wichtige Reformen statt, darunter die Einrichtung der Europäischen Jugendstiftung (Youth European Foundation) und des Gemeinsamen Jugendrates (Joint Council on Youth CMJ). Der Gemeinsame Jugendrat ist das Gremium, das den staatlichen Europäischen Lenkungsausschuss für Jugend (CDEJ) und den Beirat für Jugend (CCJ) zusammenbringt und Entscheidungen über die Prioritäten, Programme und das Budget des Jugendsektors trifft. In den letzten Jahrzehnten wurden europaweit dank dem Ko-Management-System mehr als 10.000 Stipendien an Jugendorganisationen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 130 Millionen Euro vergeben. Zudem erhielten mehr als 70.000 Jugendleiter*innen und –aktivist*innen Schulungen und Fortbildungen.

Fünf Jahrzehnte seit seiner Einführung ist das Ko-Management-System weiterhin voll funktionsfähig und hat sich zu einem der weltweit am längsten bewährten Beispiele partizipativer Demokratie im Kontext einer supranationalen Institution entwickelt.

Ko-Management Struktur





VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA (USA), LOS ANGELES: GREEN NEW DEAL, 2019

Die Stadt Los Angeles (L.A.) und der Bundesstaat Kalifornien leiden seit vielen Jahren unter den Folgen der Klimakrise und der Umweltzerstörung mit Folgen wie Dürren, Hitzewellen, Waldbränden und starker Wasserknappheit. Darüber hinaus musste sich die Stadt ernsthaften gesellschaftlichen Herausforderungen, wie extremem Verkehr, Obdachlosigkeit sowie benachteiligten Gemeinden stellen.

Im April 2019 startete L.A., als zweitgrößte Stadt der USA, ihren städtischen Green New Deal mit neuen klimaneutralen Zielen für den städtischen Energieverbrauch, Transport und das städtische Bauwesen. Das ehrgeizige Vorhaben baut auf dem Plan für eine Nachhaltige Stadt (Sustainable City Plan 2015-2019) auf und spiegelt die Notwendigkeit wider, dass es schnellere und radikalere Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise, zur Beseitigung wirtschaftlicher Ungleichheit und zur Bekämpfung von Umweltungerechtigkeit braucht.

Die Richtlinie sieht Pläne für eine CO₂-freie Stromversorgung, einen CO₂-freien Verkehr, kohlenstoffarme Gebäude, Null Abfälle und Null verschwendetes Wasser sowie für Investitionen in Wohnungen, Lebensmittelsysteme und umweltfreundliche Arbeitsplätze vor. Der Green New Deal von Los Angeles basiert auf vier Grundsätzen:

- die Verpflichtung zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens;
- das Versprechen, Umweltgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit durch eine inklusive grüne Wirtschaft zu gewährleisten;
- eine Strategie, die sicherstellen soll, dass alle Bewohner*innen der Stadt in der Lage sind, sich der grünen Wirtschaft anzuschließen, indem Möglichkeiten für gut bezahlte, grüne Arbeitsplätze erstellt werden; und
- die Entschlossenheit seitens der Stadtregierung, mit gutem Beispiel voranzugehen und der Welt zu zeigen, wie ein städtischer Green New Deal in der Praxis aussieht.

Die Vorgänger-Richtlinie für eine nachhaltige Stadt hat bereits 90 % ihrer kurzfristigen Ziele erreicht oder sogar übertroffen. Die Stadt hat sich in den USA zur Solarstadt Nummer eins entwickelt, neue Verkehrstechnologien entwickelt, ihre Treibhausgasemissionen innerhalb eines Jahres um 11 % gesenkt und mehr als 35.000 grüne Arbeitsplätze geschaffen.

DIE ZIELE VOM GREEN NEW DEAL



„UNSER GENERATIONSKAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL IST EIN MORALISCHER IMPERATIV“ – BÜRGERMEISTER ERIC GARCETTI

Kinder und Jugendliche profitieren vom Übergang zu einer grünen Wirtschaft nicht nur unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Gesundheit und der Umweltgerechtigkeit. Durch ein neu eingerichtetes Kabinett für Arbeitsplätze soll die Ausbildung der nächsten Generation von Arbeitnehmer*innen für die Arbeitsplätze von morgen organisiert werden – von der Installation von Sonnenkollektoren und energieeffizienten Wohnungen bis zur Entwicklung neuer Energietechnologien. Die Vision ist die Schaffung von 400.000 grünen Arbeitsplätzen bis 2050.



SENEGAL: NATIONALE STRATEGIE ZUR FÖRDERUNG GRÜNER ARBEITSPLÄTZE, 2015–2020

Seit Jahren erzielt Senegal bei seinen nationalen Entwicklungszielen stetige Fortschritte, die Wirtschaft wuchs um 6,9 % in 2017. Mit seiner jungen, aktiven Bevölkerung (rund 60 %) setzt das Land sein Bestreben um, eine inklusive grüne Wirtschaft zu erreichen. Die Strategie ergänzt den Senegalesischen Entwicklungsplan von 2014 und die nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung, die ebenfalls eine grüne Wirtschaft als wichtige Säule des Entwicklungsprozesses betrachtet.

2015 erarbeitete die Regierung auf partizipative Weise ihre erste nationale Strategie zur Förderung grüner Arbeitsplätze (SNEV) mit dem Ziel, innerhalb von sieben Jahren (bis 2022) 5.000 menschenwürdige und nachhaltige grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Die Strategie wurde von der Partnerschaft für Maßnahmen im Bereich der grünen Wirtschaft (PAGE) unterstützt, ein Zusammenschluss von fünf UN-Organisationen, die Länder bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, insbesondere der Ziele 8 und 17, hin zu einer umweltfreundlicheren und inklusiveren Wirtschaft begleiten. Die SNEV-Strategie zielt darauf ab, neue menschenwürdige Arbeit in einer grünen Wirtschaft zu schaffen, mit dem Fokus auf junge Menschen und Frauen.

2018 wurde die SNEV-Strategie in die neue nationale Beschäftigungspolitik integriert, um bessere Kohärenz und Synergie zwischen den Akteur*innen in den Bereichen Umwelt und Arbeitswelt zu gewährleisten. Bis Juni 2019 wurden bereits rund 2.000 Arbeitsplätze geschaffen.

GRÜNE JOBS FÜR JUGENDLICHE UND FRAUEN

Die SNEV-Strategie wird hauptsächlich durch das Unterstützungsprogramm zur Schaffung grüner Arbeitsplätze (PACEV) umgesetzt. Das Programm fördert integratives Unternehmertum, das offener für Jugendliche und Frauen ist (insbesondere für Familienoberhäupter armer Haushalte) und hat vier Haupt-

funktionen: die Bereitstellung von Informationen durch Bewusstseinsbildung, Wissensbeschaffung, Technologie und Know-how. Es will Anreize für einkommensschwache Gemeinden schaffen, um deren Engagement zu fördern; Investitionen von Unternehmen starten sowie bei der Implementierung von Logistik, Transaktionen und Marketing unterstützen.

Insbesondere fördert und entwickelt die SNEV-Strategie neue Sektoren für die Schaffung grüner Arbeitsplätze, z.B. den Vertrieb und die Wartung mobiler Kioske mit Solarmodulen, einen Sektor für die Trinkwassererzeugung und einen Sektor für das Recycling energieeffizienter Lampen. Sie stärkt und konsolidiert auch bestehende Sektoren, wie die Verwertung städtischer und ländlicher Abfälle, Aquakultur sowie die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Darüber hinaus gibt es Angebote zur Kapazitätsentwicklung sowie Trainingsmöglichkeiten, die für die Schaffung nachhaltiger grüner Arbeitsplätze benötigt werden.



NACHHALTIGE UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE STÄRKUNG JUNGER MENSCHEN

ARGENTINIEN:

Akademie für Unternehmertum, 2016

2016 präsentierte die Regierung den Plan Argentina Starts Up zusammen mit der Akademie für Unternehmertum (AAE). Die Akademie bietet Training und Unterstützung rund um das Thema Unternehmertum und macht sich für eine Verbreitung einer Unternehmenskultur, einschließlich deren Möglichkeiten stark. Um junge Menschen zu erreichen, kooperiert die Akademie mit dem Bildungsministerium, um unternehmerische Kompetenzen in die Lehrpläne von weiterführenden Schulen, technischen Schulen und Universitäten zu integrieren. Bisher wurden bereits 10.000 Student*innen unternehmerisch und beruflich ausgebildet und mehr als 1.000 Start-ups finanziert.

RUSSLAND:

Kruzhok-Bewegung des Nationalen Technologieinitiativen-Programms, 2016

Diese nationale Strategie zielt darauf ab, talentierte junge Menschen auf regionaler Ebene zu erreichen. Sie bringt staatliche, gemeinnützige und private Organisationen sowie Unternehmen zusammen, die in den Bereichen Bildung und technologische Entwicklung aktiv sind. Verschiedene Interessengruppen, darunter Technologieunternehmen, zukünftige Führungskräfte und junge Menschen (12 bis 25 Jahre), arbeiten an Lösungen, um den Herausforderungen, die sich aus einer rasant ändernden, unsicheren und komplexen Welt ergeben, zu begegnen.

ÄTHIOPIEN, TIGRAY-REGION:

Umverteilung sanierter Hänge und Schluchten zur Schaffung von Lebensgrundlagen für landlose, ländliche Jugendliche, 2011

Die Initiative zielt darauf ab, landlosen Jugendlichen aus der ländlichen Tigray-Region nachhaltige Existenzgrundlagen zu bieten. Jugendliche ohne Grundbesitz können sich selbst organisieren, eine primäre Genossenschaft gründen und ein saniertes Gemeindeland beantragen, um eine neue Existenzgrundlage aufzubauen. Die Jugendgruppen sind verpflichtet, das sanierte Land nachhaltig zu bewirtschaften, zur Kohlenstoffbindung beizutragen und grüne Arbeitsplätze zu schaffen.

UKRAINE:

Programm für Jugendarbeit, 2014

Das Programm für Jugendarbeit befasst sich mit der Förderung der Jugend auch im Hinblick auf die Dezentralisierungsreform des Landes. Es zielt auch darauf ab, den von vielen als paternalistisch empfundenen Ansatz für die Jugendarbeit zu ändern, indem die besten internationalen Praktiken für Jugendengagement und nicht formales Lernen in der Ukraine eingeführt werden. Ferner fördert es die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Jugend-NGOs.

DEUTSCHLAND:

Duales Ausbildungssystem, 1969, zuletzt geändert im Jahr 2005

Das deutsche duale Ausbildungssystem genießt aufgrund seiner Kombination aus Theorie und Ausbildung, welches in ein reales Arbeitsumfeld eingebettet ist, weltweit hohes Ansehen und große Nachfrage. Viele Länder über Europas Grenzen hinaus sind inspiriert und arbeiten daran, ihre Berufsbildungssysteme an das deutsche duale System anzupassen. Ein Hauptmerkmal des deutschen Systems ist die Zusammenarbeit zwischen vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen und öffentlich finanzierten Berufsschulen. Das duale Ausbildungssystem unterliegt gesetzlichen Regeln, und Auszubildende erhalten gesetzlich eine Entlohnung. Das System ist für alle zugänglich und bietet vor allem Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen eine größere Chance auf dem Arbeitsmarkt. Das duale System ist eine sehr wirksame Option für junge Menschen, den Übergang in eine Beschäftigung zu finden. Die Beschäftigungsrate aller Altersgruppen in Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wesentlich höher. Etwas mehr als die Hälfte aller Altersgruppen (2017: 52,9 %) beginnt eine Ausbildung in 325 anerkannten Ausbildungsberufen. Bundesweit waren Ende 2017 rund 1,32 Millionen Auszubildende beschäftigt.

VEREINIGTES KÖNIGREICH, WALES:

Strategie für Jugend-Unternehmertum: Ein Aktionsplan für Wales, 2010

Die Strategie von 2010 basiert auf der Vision, autarke, unternehmerisch denkende junge Menschen in allen Gemeinden in ganz Wales zu fördern. Sie richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahren, wird von der walisischen Regierung finanziert und bezieht eine breite Reihe lokaler Interessengruppen ein. Es ist gelungen, den Anteil von jungen Start-up-Unternehmen zu erhöhen und das Bewusstsein für die Selbständigkeit als Karriereoption zu schärfen. Es wurde in ganz Europa für seine Pionierarbeit im Bereich des Unternehmertums junger Menschen gelobt.

FUTURE POLICY

AWARD 2019 – JURY

-  **Dr. h.c. Hafsat Abiola-Costello**, Exekutivpräsidentin der Women in Africa Initiative (WIA); Ratsmitglied des World Future Council, Nigeria / Frankreich.
-  **Kehkashan Basu**, Gründerin und Präsidentin der Green Hope Stiftung; Ehrenberaterin des NGO-Komitees für nachhaltige Entwicklung in New York; Jugendbotschafterin des World Future Council, Kanada/ Vereinigte Arabische Emirate.
-  **Melvin Bouva**, Präsident des IPU-Forums für junge Parlamentarier*innen; Stellvertretender Sprecher des Parlaments von Suriname, Suriname.
-  **Charles Chauvel**, Global Lead, Inklusive Prozesse und Institutionen, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Thailand.
-  **Prof. Dr. Marie-Claire Cordonier Segger**, Senior Director, Zentrum für internationales Recht für nachhaltige Entwicklung (CISDL); Assoziierter Fellow, Lauterpacht Centre for International Law, Universität Cambridge; Gründungsratsmitglied des World Future Council, UK / Kanada.
-  **Hon. Gabriela Cuevas Barron**, Präsidentin der Inter-Parlamentarischen Union, Abgeordnete, Mexiko.
-  **Hon. María Fernanda Espinosa Garcés**, Präsidentin der 73. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen; ehemalige Ministerin für Naturerbe und Außenministerin, Ecuador.
-  **Neshan Gunasekera**, Pädagoge und Anwalt; ehemaliger Direktor des Weeramantry International Zentrum für Friedenserziehung und -forschung (WICPER); Ratsmitglied des World Future Council, Sri Lanka.
-  **Valter Nebuloni**, Leiter des Referats für Jugendbeschäftigungsprogramme und der Abteilung für Beschäftigungspolitik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Schweiz.
-  **Prof. Dr. Michael Otto**, Gründer der Umweltstiftung Michael Otto; Ehrenratsmitglied des World Future Council, Deutschland.
-  **Alexandra Wandel**, Vorstandssprecherin des World Future Council, Deutschland.

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE TEILHABE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND FRIEDEN

EUROPÄISCHE UNION: Europäische Jugendziele 2013

Die Europäischen Jugendziele bilden die visionäre Grundlage für den institutionellen jugendpolitischen Rahmen der Europäischen Union. Sie wurden in einem partizipativen Prozess entworfen, an dem innerhalb eines Jahres 50.000 junge Menschen teilnahmen. 2018 verabschiedeten die Jugendminister*innen aller 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die neue Jugendstrategie der EU für den Zeitraum 2019-2027, in der die europäischen Jugendziele unverändert aufgenommen wurden. Das Ergebnis ist eine Politik, welche die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) in die Jugendpolitik mit einschließt.

NIGERIA: Gesetz „Nicht zu jung um zu kandidieren“, 2018

Das westafrikanische Land hat die drittgrößte Jugendbevölkerung der Welt. Junge Menschen machen 51 % der registrierten Wähler*innen aus. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden 2018 verabschiedet, um das für eine Kandidatur im nigerianischen Parlament erforderliche Mindestalter zu senken. Infolgedessen stieg bei den Wahlen 2019 die Gesamtzahl der in das Parlament gewählten Menschen der jüngeren Generation von 60 Abgeordneten unter 35 Jahren auf 103. Die Änderungen waren das Ergebnis der #Nottooyoungtorun Kampagne, welche die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zog und sich zu einer globalen Bewegung ausweitete, die von internationalen Organisationen unterstützt wird. Dieser Erfolg hat die nigerianische Jugend dazu bewegt, sich weiterhin für eine stärkere Beteiligung von jungen Menschen im Parlament einzusetzen, und hat zu ähnlichen Bewegungen in anderen Ländern geführt.

MALTA: Nationale Jugendpolitik bis 2020, 2015

Malta war eines der ersten europäischen Länder, das 1992 mit der Ausarbeitung einer nationalen Jugendpolitik begonnen hat. Mit seinem umfassenden jugendpolitischen Rahmen und System ist es für viele Länder zu einem Vorbild für die Entwicklung und Umsetzung der Förderung der Jugend geworden. Die Jugendpolitik stützt sich in der Praxis auf zwei miteinander verbundene strategische Richtungen: Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie starke sektorübergreifende Unterstützung. Diese beiden strategischen Ziele umfassen die Beteiligung aller staatlichen Stellen, die die Teilhabe, das Lernen und die Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen verbessern.

PERU: Die Jugendquote (Youth Tithe), 2006 und 2009

2006 wurde in Peru eine Jugendquote auf lokaler Ebene eingeführt und später 2009 auf die regionale Ebene ausgeweitet. Junge Aktivist*innen hatten sich dafür eingesetzt, um stärker am demokratischen Prozess ihres Landes beteiligt zu sein. Mindestens 20 % der Wahllisten müssen aus Kandidat*innen unter 29 Jahren bestehen. Peru gehört zu den Pionieren, die Jugendquoten eingeführt haben. Inzwischen folgten dem Land auch andere Länder. In Südamerika ist Peru jedoch immer noch das einzige Land, in dem es eine solche Jugendquote gibt.



IPU-Präsidentin Gabriela Cuevas Barron.

Frau Cuevas Barron wurde 2017 gewählt und ist die jüngste IPU-Präsidentin in der Geschichte der Organisation.



TUNESIEN:

Jugendquote auf nationaler und kommunaler Ebene, 2014

Nach der von jungen Menschen angeführten Revolution und dem Übergang zur Demokratie im Jahr 2011 führte die Regierung 2014 auf nationaler und 2017 auf lokaler Ebene Jugendquoten ein, um die politische Vertretung junger Menschen zu erhöhen. Die tunesischen Quoten zeichnen sich durch besondere Raffinesse aus. Dazu gehören: Durchsetzungsmechanismen, um sicherzustellen, dass die Parteien das Gesetz einhalten, Bestimmungen, um sicherzustellen, dass junge Kandidat*innen auf den obersten vier Positionen der Parteilisten stehen, sowie Bestimmungen, die zusammen mit der Geschlechterparitätsquote die Wahl junger Frauen fördern.

NEUSEELAND:

Grundsätze der Jugendförderung, 2002, 2019

Die Jugendförderungsstrategie von Aotearoa wurde 2002 vom damaligen Ministerium für Jugendangelegenheiten entwickelt, um einen Entwurf für die nationale Jugendstrategie und -praxis zu erstellen. Es enthält sechs Prinzipien der Jugendförderung, die grundlegend für alle Jugendpolitiken gelten. Im Jahr 2019 wurden diese Grundsätze überarbeitet mit Schwerpunkt auf Ehrung der Urbevölkerung.

KANADA:

Der Jugendrat des Premierministers, 2016

Der Jugendrat des Premierministers wurde 2016 ins Leben gerufen, um junge Menschen direkt in Angelegenheiten einzubeziehen, die für sie besonders wichtig sind. Das Einzigartige an dieser Politik im Vergleich zu anderen Jugendbeiräten ist, dass die Beratung direkt dem Premierminister, der auch Minister für Jugend ist, zur Verfügung gestellt wird.

ZUKUNFTSGERECHTE GESETZGEBUNG

Die vom World Future Council ausgezeichneten „besten Gesetze“ sind diejenigen, die den Prinzipien einer zukunftsgerechten Gesetzgebung entsprechen und faire Bedingungen für zukünftige Generationen wesentlich fördern. Die International Law Association hat sieben Prinzipien des Nachhaltigkeitsrechts formuliert. Diese Prinzipien sind das Ergebnis von zehn Jahren wissenschaftlicher Diskussionen und gelten Fachleuten, die sich mit Politikgestaltung und Evaluierung auseinandersetzen, als „die erste Blaupause für den neu entstehenden Bereich des Nachhaltigkeitsrechts und der Nachhaltigkeitspolitik“.

Die Methodologie der sieben Prinzipien wird als Bewertungsrahmen für alle Gesetze und Politiken angewendet, die für den Future Policy Award nominiert werden. 2019 wurden die sieben Future Policy Award Prinzipien für eine zukunftsgerechte Rechtsetzung und die Auswirkungen der Politik um die in Baku erarbeiteten Leitprinzipien für integrierte und integrative jugendpolitische Entwicklungen ergänzt.* Für jede bewertete Politik wurden Jugendvertreter*innen zu Interviews eingeladen, um sicherzustellen, dass die Stimme junger Menschen bei unserer Analyse herangezogen wurde.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.worldfuturecouncil.org/de/seven-principles-future-just-lawmaking-de/



*Das erste Globale Forum für Jugendpolitik verabschiedete die Verpflichtung von Baku für Jugendpolitik (Baku commitment to Youth Policies): www.youthpolicy.org/library/documents/baku-commitment-to-youth-policies/



FRÜHERE PREISTRÄGER DES FUTURE POLICY AWARD

2018 AGRARÖKOLOGIE

GOLD AUSZEICHNUNG

Sikkim, Indien: Politik für Ökolandbau des Bundesstaates Sikkim (2004) und "Sikkim Ökolandbau Mission" (2010)

SILBER AUSZEICHNUNG

Quito, Ecuador: Partizipatives Städtisches Landwirtschaftsprogramm (AGRUPAR, 2002)

Dänemark: Bio-Aktionsplan: Zusammenarbeiten für mehr Bio (2011-2020, 2015 aktualisiert)

Brasilien: Nationale Politik für Agrarökologie und Ökolandbau (PNAPO, 2012)

2017 BEKÄMPFUNG DER DESERTIFIKATION

GOLD AUSZEICHNUNG

Tigray, Äthiopien: Gesetz für Naturschutz und landwirtschaftsbasierte Industrialisierung (ADLI, 1994), unterstützt durch Massenmobilisierungskampagnen (1991) und Jugendorientierte Landpolitik (2008)

SILBER AUSZEICHNUNG

Brasilien: Zisternenprogramm (2003, als Gesetz erlassen 2013)

China: Gesetz zur Prävention und Kontrolle von Desertifikation (2002)

2015 KINDERRECHTE

GOLD AUSZEICHNUNG

Sansibar, Tansania: Kinderrechtsgesetz (2011)

SILBER AUSZEICHNUNG

Maryland, USA: Umweltbildungsstandards (2011)

Finnland:

Bildungsgesetz (1998) und generelle Bildungspolitik

2012 SCHUTZ DER OZEANE UND KÜSTEN

GOLD AUSZEICHNUNG

Palau: Haishutzgesetz (2009) und Gesetz für ein Netzwerk von Schutzgebieten (2003)

SILBER AUSZEICHNUNG

Namibia: Meeresressourcen-Gesetz (2000)

Philippinen: Gesetz für den Naturpark Tubbataha-Riffe (2010)

2013 ABRÜSTUNG

GOLD AUSZEICHNUNG

Lateinamerika und Karibik: Vertrag von Tlatelolco über das Verbot von Kernwaffen (1967)

SILBER AUSZEICHNUNG

Argentinien: Nationales Programm für die freiwillige Abgabe von Schusswaffen (2006)

Neuseeland: Verordnung zur Nuklearwaffen-Freiheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle (1987)

2014 BEENDIGUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

GOLD AUSZEICHNUNG

Duluth, USA: Koordiniertes Vorgehen aller Einrichtungen gegen häusliche Gewalt (1981)

SILBER AUSZEICHNUNG

Burkina Faso: Gesetz zum Verbot von weiblicher Genitalverstümmelung (1996)

Österreich: Psychosoziale und juristische Prozessbegleitung für Opfer von Gewalt in Strafverfahren und Zivilprozessen (2006)

2011 WÄLDER FÜR MENSCHEN

GOLD AUSZEICHNUNG

Ruanda: Nationales Waldprogramm, 2004

SILBER AUSZEICHNUNG

Gambia: Gemeindeforest-Politik (1995)

USA: Lacey-Gesetz und seine Ergänzung (2008)

2010 BIODIVERSITÄT

GOLD AUSZEICHNUNG

Costa Rica: Biodiversitätsgesetz (1998)

SILBER AUSZEICHNUNG

Australien: Gesetz für den Meeresspark Great Barrier Reef (1975) und Gesetz für Umweltschutz und Erhalt der Biodiversität (1999)

2009 NAHRUNGSSICHERHEIT

GOLD AUSZEICHNUNG

Belo Horizonte, Brasilien: Programm für Nahrungssicherheit (1993)

SILBER AUSZEICHNUNG

Region Toskana: Regionales Gesetz zum Schutz und Förderung der Lebensräume von einheimischen Arten und eigenbestimmter Landwirtschaft, Tierhaltung und Forstwirtschaft

Kuba: Urbane Landwirtschaft



Der World Future Council besteht aus 50 bedeutenden globalen Entscheidungsträger*innen aus der Politik, der Geschäftswelt, Wissenschaft, Kultur und allen fünf Kontinenten. Der World Future Council (WFC) verfolgt das Ziel, unseren Kindern und Enkeln einen gesunden Planeten mit gerechten Gesellschaften zu übergeben. Um dies zu erreichen, finden und verbreiten wir zukunftsgerechte politische Lösungen und fördern deren Umsetzung weltweit.

Jakob von Uexküll, der Gründer des Alternativen Nobelpreises, hat den World Future Council 2007 ins Leben gerufen. Wir sind als gemeinnützige Stiftung in Hamburg registriert. Unsere Arbeit ist ohne kontinuierliche finanzielle Unterstützung durch private und institutionelle Geber*innen nicht möglich.

HELFEN SIE UNS EINE BESSERE WELT ZU GESTALTEN!

Als gemeinnützige Stiftung sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen, um eine zukunftsgerechte Welt zu schaffen. Bitte unterstützen Sie unsere allgemeine Arbeit oder ein spezifisches Projekt mit einer Spende!

Stiftung World Future Council

Bank: GLS Bank Bochum, Deutschland

Kontonummer: 2009 0040 00

Banknummer: 4306 0967

IBAN: DE70 4306 0967 2009 0040 00

BIC/SWIFT: GENODEM1GLS

Die Stiftung World Future Council ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Weitere Informationen sowie unser Online-Spendenformular finden Sie unter www.worldfuturecouncil.org/de/spenden



WORLD FUTURE COUNCIL

Dorotheenstraße 15,
22301 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49 (0) 40 3070914-0
Email: info@worldfuturecouncil.org

Im Internet finden Sie uns unter:
www.worldfuturecouncil.org/de/

Sie können dort auch unseren Newsletter abonnieren. Unsere Datenbank zu Beispielen zukunftsgerichteter Gesetze finden Sie unter: www.futurepolicy.org

FOLGEN SIE UNS IN DEN SOZIALEN MEDIEN:

Twitter: @Good_Policies
Facebook: World Future Council
Instagram: World Future Council
YouTube: wfcinitiative

PARTNERORGANISATIONEN

Inter-Parlamentarische Union (IPU)
www.ipu.org

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)
www.undp.org

Die Jugendbeauftragte des UN-Generalsekretärs
www.un.org/youthenvoy

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
www.ilo.org

Youth Policy Labs (YPL)
www.youthpolicy.org

IMPRESSUM

Veröffentlicht von:

Stiftung World Future Council, Oktober 2019

Autorinnen:

Samia Kassid, Ingrid Heindorf

Verantwortlich für den Inhalt:

Alexandra Wandel

Ein besonderer Dank geht an die **Michael-Otto-Stiftung** und die **Jua Stiftung** für ihre Vision, ihr Vertrauen und ihre Unterstützung.

Wir danken der IPU für die Ausrichtung der Preisverleihung und der Familie Fellmann für ihre freundliche Unterstützung.

Wir bedanken uns bei allen Expert*innen, die ihre Einsichten und ihre Zeit während der Recherchearbeit zur Verfügung gestellt haben sowie bei allen Jurymitgliedern.

Ein großes Dankeschön geht auch an das Recherche-Team, insbesondere an Chris Jones und Andreas Karsten, Mitarbeiter*innen und Freiwillige, die uns bei der diesjährigen Preis-Evaluierung unterstützt haben: Zeina Hilal, Chris Jones und Jonathan Lang (Inter-Parlamentarische Union); Adefere Adeyemo, Manan Agarwal, Cécile Ballorain, Andréa Bordej, Laura Castello Sant, Jorge Ceja Valencia, Nithisha Chaviti, Rouel Dayoan, Benjamin Dosu, Karla Freyre, Pauline Gautier, Ana Claudia Hafemann, Roland Karger, Nilam Lakhani, Ian Makamara, Lauren Picone Alice Pittalis, Narryne Rachid, Allison Rounding, Swetal Sindhvad, Petja Tsekova und Katarina Velkov (Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen); Oona Bienvenu, Georgi Chertkov und Sylvia Ooi Sil Wei (World Future Council); und Andreas Karsten, Ole Siever und Marika Welz (Youth Policy Labs).

Design: Hot Ice Creative Studio

Gedruckt auf Recyclingpapier

Haftungsausschluss: Die in dieser Veröffentlichung zum Ausdruck gebrachten Inhalte und Ansichten geben nicht unbedingt die Ansichten oder Richtlinien der Partnerorganisationen wieder.

Kontakt: Für weitere Informationen schreiben Sie bitte an:

fpa@worldfuturecouncil.org

BILDNACHWEIS

Vorder- und Rückseite: Shutterstock/Production Perig, Wiktor Szymanowicz/NurPhoto, Japanese Parliament, Mobisol GmbH; Inside cover: UN Photo/Eskinder Debebe, UN Photo/Rick Bajornas, UN Photo/Mark Garten, Kehkashan Basu; S.6: Mobisol GmbH; S.7: Ministry of Youth and Information Technology, Rwanda; S.9-10: Education Scotland; S.11: Department of Public Works and Infrastructure, South Africa; p.12-13: Ministry of Education and Research of Estonia; S.14: UNDP Nepal; S.17: Ministry of the Environment and Sustainable Development of Senegal; S.21: Inter-Parliamentary Union; S.22: Bayu Harsa (Adobe Stock); p.24: Jenko Ataman (Adobe Stock)

